

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Pott (MS),
Sehr geehrter Herr Weiland (BMAS),
Sehr geehrter Herr Oks (RD),
Sehr geehrte Damen und Herren,

für das ausführliche Protokoll der UAG-Sitzung vom 21.11.2011 möchten wir uns ausdrücklich bedanken.

Um den konstruktiven Dialog in der AG zu unterstützen und vor dem Hintergrund einer breiten und intensiven Beteiligung der Jugendwerkstätten und deren Zusammenschlüsse an der weiteren Entwicklung der Werkstätten möchten wir zum o. a. Protokoll kurz Stellung nehmen.

Das Protokoll setzt sich mit einzelnen Inhalten bzw. inhaltlichen Modulen der Jugendwerkstätten auseinander. Die Realisierungsmöglichkeiten werden jeweils im Hinblick auf die gesetzlichen Anforderungen des SGB II bzw. SGB III in Abgrenzung zum SGB VIII und sonstigen rechtlichen Vorgaben geprüft. Folgende Aufgaben und Leistungen der Jugendwerkstätten werden angesprochen: Beschäftigung, Qualifizierung, berufliche Orientierung und sozialpädagogische Begleitung. In allen angesprochenen Inhaltsbereichen wird dargestellt, dass auf der Grundlage des SGB II einzelne Elemente der Jugendwerkstätten entweder gar nicht, nur unter Einschränkungen in Bezug auf Umfang und Dauer oder nur in Bezug auf die direkte Unterordnung unter die Zielsetzung der Integration in Arbeit oder Ausbildung realisierbar sind.

Das am Schluss des Protokolls formulierte Fazit, in dem eine grundsätzliche Förderfähigkeit der bisherigen Inhalte der Jugendwerkstätten über den § 45 SGB III-neu festgestellt wird, ist insofern in seiner Schlussfolgerung überraschend und inhaltlich aus folgenden Gründen nicht nachvollziehbar:

- Die einschränkende noch erforderliche Klärung einiger Aspekte in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe betrifft auch den für Jugendwerkstätten wesentlichen Aspekt der praktischen Arbeiten. Dieser gehört zu den wesentlichen Elementen einer Jugendwerkstatt (s. auch Qualitätskriterien der Jugendwerkstatt-Richtlinie). Die dargestellte Schlussfolgerung ist hier zumindest voreilig.
- Das Fazit bringt eine scheinbar grundsätzliche Förderfähigkeit von Jugendwerkstätten über den § 45 SGB III-neu zum Ausdruck, bezieht sich aber ausdrücklich nur auf inhaltliche Aspekte. Formale Anforderungen, die sich in der Folge der Anwendung des § 45 SGB III-neu für Jugendwerkstätten ergeben wie z. B. das Ausschreibungserfordernis und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, sind bisher unberücksichtigt geblieben. Für eine Beurteilung der Ausrichtung von Jugendwerkstätten auf den § 45 SGB III-neu ist die Einbeziehung dieser Aspekte aus unserer Sicht zwingend erforderlich.
- Die Ausführungen im Protokoll zeigen, welche Abgrenzungen im Bezug auf Inhalte und Zielsetzungen der Jugendwerkstätten erforderlich sind, um eine Förderfähigkeit unter den Vorgaben des SGB II und auf der Basis des § 45 SGB III-neu zu ermöglichen. Dies ist unvereinbar mit der Prämisse eines ganzheitlichen Förderansatzes. Das getroffene Fazit ist insofern nicht schlüssig und gibt nicht die Auffassung der Trägervertreter der AG wieder.

Vor diesem Hintergrund stellen wir fest, dass das Protokoll - insbesondere bei Außenstehenden - nicht zu mehr Handlungs- und Rechtssicherheit, sondern zu weiterer Verunsicherung führt. Es irritiert, weil ihm nicht zu entnehmen ist, wie zukünftig in Jugendwerkstätten unter veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen inhaltlich gearbeitet werden kann und welche Leistungen überhaupt noch angeboten werden können.

Wenn die AG innerhalb des vorgegebenen Zeitplans Lösungen für die zukünftige Förderung der Jugendwerkstätten präsentieren soll, dann muss aus unserer Sicht in den kommenden Sitzungen der Focus auf folgende Punkte gelegt werden:

1. Aus unserer Sicht steht der junge Mensch mit seinem individuellen Förderbedarf im Mittelpunkt. In der Jugendwerkstatt erhält er eine Förderung aus einer Hand. Der junge Mensch benötigt Leistungen, die in verschiedenen SGB geregelt sind. Daher umfasst das Leistungsspektrum der Jugendwerkstätten Elemente/Inhalte der Jugendberufshilfe/Jugendsozialarbeit (Förderung der Persönlichkeit etc.) und der Arbeitsmarktförderung. Jugendwerkstätten arbeiten über die Grenzen von SGB II/III und SGB VIII hinweg. Ein übergreifender Ansatz muss auch bei einer Finanzierung aus neuen Instrumenten des SGB II/III weiterhin möglich sein.
2. Jugendwerkstätten offerieren ein ganzheitliches Angebot. Bisher haben die Träger der Jugendwerkstätten gegenüber dem SGB II-Träger ein Gesamtangebot beschrieben, umgesetzt und abgerechnet. Wir befürchten, dass zukünftig die Gesamtleistung der Jugendwerkstätten inhaltlich in nach SGB getrennten Modulen erkennbar (konzeptionell) und haushälterisch darzustellen, durchzuführen, zu dokumentieren und abzurechnen ist. D.h. Leistungen sind jeweils nur einem SGB zuzuordnen. Auch zukünftig muss eine Finanzierung bereitstehen, mit der ein beschriebenes Gesamtangebot umzusetzen ist, das sowohl SGB VIII- als auch SGB II/III-Einzel-Leistungen umfasst, die aber jeweils nur formal aus ESF-/Landes- bzw. Bundesmitteln finanziert werden. Die Entscheidung, wann welcher Teilnehmer an welchem Teilangebot in welchem Umfang teilnimmt, muss nach wie vor individuell steuerbar sein.
3. Ein zentrales kennzeichnendes Element nds. Jugendwerkstätten ist die sinnstiftende Beschäftigung des jungen Menschen beim Träger selbst und die monetäre Anerkennung der Arbeitsleistung. Die gesellschaftlich sinnvolle, d. h. auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichtete und betriebsförmig organisierte Arbeit dient der Feststellung, Aktivierung, Entwicklung von personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten (Lohnarbeitstugenden), der Feststellung von beruflichen Kenntnissen, der sozialen Stabilisierung und der praktischen Erprobung der vermittelten beruflichen Kenntnisse. Diese Beschäftigung kann sich, wenn individuell notwendig, durchaus über einen längeren Zeitraum hinziehen. Dieser zentrale Förder-Ansatz der sinnstiftenden Beschäftigung und der monetären Anerkennung muss auch zukünftig unter den neuen Förderbedingungen möglich sein.

Wir möchten darauf hinweisen, dass es sich hier um drei zentrale Elemente nds. Jugendwerkstätten handelt. Hier sollte die AG nach einer Lösung suchen, um zu vermeiden, dass Jugendwerkstätten ein reines Produkt der Arbeitsmarktförderung werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Gerd Hunke, Rudolf Schulz, Peter Siefken,
Dieter Kuball, Ingelore Holz, H. J. Theisgen,
Joseph Hilgefort, Matthias Kreimeyer
(Alle Trägervertreter in der AG)

Hannover, 25. Januar 2012